

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Erscheint täglich

Amtsblatt der

Stadt Braubach.

Bezugspreis

monatlich 80 Pfennig,

durch die Post bezogen monatlich 2,10 Mark.

von Braubach bis ins Ausland 2,60 Mk.

Kontingente der Stadt und Land.

Verkaufspreis pro Exemplar 20 Pf.

Abonnementspreis 2,60 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: H. S. m. b.

Geschäftsführer: J. S. m. b. H. 10.

Redaktionsbüro: Braubach, 10. H. S. m. b. H. 10.

Druckerei: Braubach, 10. H. S. m. b. H. 10.



Verkauf und Abzug des Bezugspreises von H. S. m. b. H. 10.

Abonnementspreis 2,60 Mk.

Nr. 270

Braubach a. Rhein, Montag, den 18. November 1918

28. Jahrgang.

Das Programm der Regierung

Das Sechsmännerkollegium, das jetzt in Deutschland die gesamte Staatsgewalt in seinen Händen vereinigt — Herr, Scheidemann, Landsberg von den Reichsbürgern, Dittmann von den unabhängigen Sozialisten, Barth von der noch weiter links stehenden Gruppe — geht mit der Arbeit, das muß man sagen. Am Sonntagabend vom 10. Nov. gewählt, veröffentlicht es bereits nach einmal vierundzwanzig Stunden ein ausführliches Programm. Die Herren hatten dabei allerdings insofern leichtes Spiel, als sie in der Hauptsache nur in die reichgefüllte Vorratskammer ihrer Parteiforderungen zu greifen brauchten, deren Verwirklichung sie auch ganz offen als die Aufgabe der neuen, sozialistischen Regierung bezeichnen. Daß diese aus der Revolution hervorgegangen ist, wird gleich zu Beginn der Kundgebung mit klaren Worten festgestellt. Damit soll gesagt sein: Wir fühlen uns an keinen früheren und an keinen bestehenden Rechtszustand gebunden, wir sind vollkommen souverän, zu tun und zu lassen, was uns nötig oder notwendig erscheint, wir können und wir werden deshalb die neue Zukunft des Volkes, die wir beabsichtigen, so herrichten, wie es unseren Grundfahnen entspricht, und fühlen uns dabei los und ledig der Rücksichten, an welche die bisherigen Regierungen der Vergangenheit sich banden.

Und so folgen denn auch sofort neun Punkte, von denen gesagt wird, daß sie schon jetzt mit Gesetzeshraft verkündet werden. Also: der Reichstag ist beauftragt, der Bundesrat gehört der Geschichte an. Die neue Regierung beschließt sich nicht auf die Ausarbeitung von Vorlagen, die sie den gesetzgebenden Körperschaften vorlegt. Die Gesetzgebung ist auch ihres Amtes, vorläufig wenigstens, solange der Reichstag noch nicht in der deutschen Nationalversammlung einen den Grundlagen der neuen Revolution entsprechenden Nachfolger erhalten hat. Wenn man die neun Punkte indessen näher anschaut, so erkennt man bald, daß sie überwiegend nur der Befriedigung außergewöhnlicher Zustände dienen. Darunter sind: der Belagerungszustand wird aufgehoben, das nur in Ordnung ist, da der Krieg zu Ende ist und außerordentliche Vollmachten, wenn die neue Regierung bedürfnis sollte, jeden Augenblick zu haben wären. Zweitens: Freiheit des Vereins- und Versammlungsrechts, auch für Beamte und Staatsarbeiter; gleichfalls eine Selbstverständlichkeit für eine revolutionäre Regierung. Drittens: Aufhebung der Zensur — Gott sei Dank kann man dazu nur sagen, in allen Parteien. Viertens: Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift steht schon in der preussischen Verfassung. Aber gerade im Augenblick von besonderer Bedeutung, weil diese Freiheit seit den Tagen der Revolution in Berlin wie im übrigen eine Anzahl von verbreiteten Tagesblättern mit mehr oder minder sanfter Gewalt durch Eingriffe bestimmter Gruppen beschränkt oder genommen wurde. In Berlin waren es vielleicht ein halbes Duzend, die jetzt wieder freigegeben sind; in Hamburg, in Frankfurt a. M., in München wird wohl auch in dieser Beziehung die Ordnung wiederhergestellt sein. Fünftens: Freiheit der Religionsübung, auch aller Rechtsgrundlagen in Preußen, Deutschland. Sechstens: Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird, im wesentlichen, aufgehoben; was wohl auch ohne weiteres ertragen werden kann, da sein Rechtsgrund, der Kriegszustand, aufgehört hat. Das gleiche gilt von der Niedertraktierung der

Arbeiterkassenbestimmungen, die bei Beginn des Krieges aufgehoben wurden. Bleiben noch zwei Punkte: Erweiterung der Amnestie auf alle politischen Straftaten und Niederlegung der wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren und endlich die Gefindeordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmegeetze gegen die Landarbeiter. Was insofern besonders interessant ist, als es zeigt, daß die neuen Herren auch die bisherigen Grenzen zwischen Reichs- und Landesgesetzgebung als beseitigt ansehen. Bedacht ist dabei natürlich in erster Reihe an die alte preussische Gefindeordnung, von der wirklich kein Segen mehr ausgeht.

Aber nun weiter: der Rest ist wirklich Programm. Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Normalarbeitsstag in Kraft treten. Eine Forderung, so alt wie die sozialdemokratische Partei, der im gewerblichen Leben schon vielfach teils auf gesetzlichem Wege, teils durch freie Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Geltung verschafft worden ist und deren allgemeine Einführung gerade jetzt durchaus zu rechtfertigen ist, weil der Kräfte- und Gesundheitszustand unseres Volkes nach den schweren Leiden der Kriegszeit ganz besonderer Schonung bedarf. Dann kommen alle die Gebiete, die schon die letzten Regierungen auf das angelegentlichste beschäftigten: Ausreichende Arbeitsgelegenheit für die nächste Zeit, Unterstützung der Erwerbslosen, Erweiterung der Krankenversicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 Mark, Beseitigung der Wohnungsnot, Sicherung einer geregelten Volksernährung, Aufrechterhaltung einer geordneten Produktion, Schutz des Eigentums gegen private Eingriffe, der Freiheit und Sicherheit der Person — lauter gute alte Bekannte, die auch den nicht-sozialistischen Schichten des deutschen Volkes durchaus willkommen sein werden. Zum Schluss das allgemeine, gleiche Verhältniswahlrecht zu allen öffentlichen Körperschaften, für alle mindestens 20 Jahre alten Deutschen ohne Unterschied des Geschlechts. Das ist allerdings eine Radikalkur. Zum Schluss werden für die konstituierende Versammlung noch nähere Bestimmungen in Aussicht gestellt.

So sieht der Anfang aus. Danach haben wir keinen Grund, müßlos zu werden. Das Alte ist nun einmal vorüber, und auch wer sich vor dem Sprung ins Dunkle fürchtet, wie vor der Stunde, muß ihn wagen. Wir wollen den Kopf nur oben behalten und bauen helfen, wo und soweit wir es können. Jedenfalls: wir haben tatkräftige Männer an der Spitze des Reiches, das ist schon viel, sehr viel wert. Nichts Ärgeres könnte und jetzt zutreffen, als die Fortdauer der vielbetagten früheren Kränklichkeit. Auch für das Bürgertum wird bald die Gelegenheit gegeben sein, seine Rechte und Interessen in geordneter Bahnen zur Geltung zu bringen. Dann muß es gelingen, aus dem Zusammenbruch wieder ein lebensfähiges deutsches Reich aufzurichten.

An das preussische Volk!

Programm der preussischen Landesregierung.

Berlin, 14. November.

Die vorläufige Regierung der Republik Preußen veröffentlicht jetzt das Programm, nach welchem sie zu arbeiten beabsichtigt. Sie betont, daß ihre Aufgabe sei, das alte, von Grund auf reaktionäre Preußen so rasch wie möglich in einen völlig demokratischen Bestandteil des

deutschen Volksstaats zu verwandeln. Von den zahlreichen Aufgaben, vor die das neue freie Preußen jetzt und in Zukunft sich gestellt sieht, werden folgende hervorgehoben:

Durchführung der uneingeschränkten Koalitionsfreiheit für alle Staatsarbeiter und -beamten. Gründliche Reform der Beförderung- und Lohnverhältnisse der Arbeiter und Beamten einschließlich der Pensionäre und Altpensionäre, und bis zur endgültigen Regelung die Gewährung ausreichender Teuerungszulagen.

Ausbau aller Bildungsinstitute, insbesondere der Volkshochschule. Schaffung der Einheitschule. Befreiung der Schule von jeder kirchlichen Bevormundung, Trennung von Staat und Kirche.

Demokratisierung aller Verwaltungsfunktionen. Befreiung der Gutsbesitzer. Vollig gleiches Wahlrecht beider Geschlechter für alle Gemeindevertretungen in Stadt und Land. Entsprechende demokratische Umgestaltung der Kreis- und Provinzialvertretungen.

Rascher Ausbau und Entwicklung aller Verkehrsmittel, insbesondere der Eisenbahnen und Kanäle.

Hebung und Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft. Vergesellschaftung der dazu geeigneten industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe.

Umgestaltung der Rechtspflege und des Strafvollzugs im Geiste der Demokratie und des Sozialismus. Reform des gesamten Steuerwesens nach den Grundsätzen strengster sozialer Gerechtigkeit.

Eindringlich wird auf die Schwere der Zeit hingewiesen und auf die Notwendigkeit einmütigen Zusammenarbeitens des gesamten Volkes, weil wir nur dadurch das Wesen des Hungers bannen und Freiheit, Frieden und Brot erlangen können.

Unterschieden ist der Aufruf von den sieben sozialdemokratischen Mitgliedern der Regierung. Die Unterschriften der übrigen „bürgerlichen“ Mitglieder fehlen.

Alle Beamten sollen weiterarbeiten.

Die neue preussische Landesregierung forderte in einer Rundgebung sämtliche preussische Behörden und Beamten auf, ihre amtliche Tätigkeit fortzusetzen, um auch ihrerseits im Interesse des Vaterlandes zur Erhaltung der Ordnung und Sicherheit beizutragen, wogegen ihnen ihre gesetzlichen Ansprüche unverzüglich gewahrt bleiben sollen.

In pädagogischen Fachberufen für das Unterrichtsministerium wurden ernannt die Herren: Dr. M. H. Baegge, Dozent, Dr. Blankenburg, Oberlehrer, Fritz Kunert, Volksschullehrer, Dr. Gustav Bynesen, Schuldirektor.

Erhaltung der kommunalen Ordnung.

Alle Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten erhielten ein Telegramm, in dem darauf hingewiesen wird, daß in einer Reihe von Stadtgemeinden die Stadtverordneten-Versammlungen und Deputationen aufgehoben und an ihre Stelle, für die gesamte Gemeindeverwaltung die zur Durchführung der Revolution gebildeten Organe gesetzt worden sind. Ein derartiges Vorgehen widerspricht den grundlegenden Erlassen der neuen Zentralorgane in Reich und Staat und bringt die Weiterführung der notwendigen Geschäfte in Gefahr. Nachdem ein bestimmtes Programm für Wahlen zu öffentlichen Körperschaften vorgegeben ist, bleibt bis zu dessen Durchführung die bisherige Organisation in allen Stadtgemeinden und sonstigen Kommunalverbänden bestehen.

Der Traum in Grindelwald.

Roman von Julius Schöndorf.

Walden, November

Mein Verdacht wurde selbstverständlich zerstreut, indem ich gesehen, daß die Behörde, die doch zunächst Ursache hatte, sich mit der Person des Herrn in unbilliger Prüfung zu befassen, keinen Anstand nahm, im Kriegsamt unterzubringen.

„Soll das vielleicht ein Vorwurf sein?“ verfehle der Richter gereizt.

Nichts liegt mir ferner als das! Das wird ja einen neuen Aufbruch in der Presse geben.

Und wieder grüßte der andere:

„Nein! Das wird es eben nicht! Das Wort der Herren habe ich. Die andere Presse wird keine Silbe darüber bringen! Hier müssen alle feinsten Gegenstände schweigen. Ich ziehe Sie persönlich ins Vertrauen, damit aus der Angelegenheit kein Skandal entsteht.“ Mit unbeweglicher Miene fand Herr Courtman da der Zeitungsfürst lächelte sein.

„Ruh, Erzählens, hier ist der Brief. Sie wollen sich der Unversehrtheit der Siegel überlassen!“

Der Minister erbrach mit zitternder Hand die Siegel und entnahm dem Umschlag einen mehrfach zusammengeknüllten Ranzleibogen. Er reichte ihn dem bescheidenen Untergrund harrenden Courtman und forderte ihn vorzulesen.

Courtman las mit gleichmäßig ruhiger Stimme die

folgenden Sätze:

„Mord.“

Wenn Sie diese Zeilen lesen, bin ich entweder ermordet worden oder spurlos verschwunden.

Su meinem Bedauern muß ich Ihnen gestehen, daß ich Ihre Gastfreundschaft in der schändlichsten Weise mißbrauchte: Ich bin nicht der, den Sie in Ihr Haus geladen zu haben wählten; mein wahrer Name ist Paul Kersten; ich bin ein einfacher deutscher Hauptmann und habe nie eine andere Absicht gehabt, als in London meinem Vaterlande durch Rundschaffendienst zu nützen, nachdem ein englischer Granatpfleger es mir leider unmöglich gemacht hatte, dies auf andere Weise zu tun. Ich bin also nicht der kanadische Hauptmann, für den Sie mich hielten. Und es tut mir leid, Sie enttäuschen zu müssen.

Ich weiß nicht, ob es nach Ihrer Auffassung shocking war die Einladung, die doch dem Captain Longford und nicht dem Hauptmann Kersten galt, überhaupt anzunehmen. Aber Sie werden zugeben, daß nicht ich es war, der sich Ihnen aufdrängte.

An dieser Stelle konnte die Erzählens ein Rächeln der Bemerkung nicht unterdrücken.

Schließlich blieb mir nichts anderes übrig, als die Ländchen auch Ihnen und Lady Edith gegenüber durchzuführen, wenn ich nicht den Zweck verfehlen wollte, zu dessen Erfüllung ich ausgesogen war. Es wäre vielleicht angebracht gewesen, werden Sie meinen, wenn ich mich Ihnen entsetzt hätte. Aber daraus wäre Ihnen zweifellos die unangenehme Pflicht erwachsen, diese Entdeckung der Polizei, dem Attorney General oder einer anderen Behörde zur Kenntnis zu bringen, und vor dieser

Unannehmlichkeit wollte ich Sie gerne bewahren.

Trotzdem muß ich ehrlicherweise zugeben, daß ich mich in Ihrer Schuld fühlend fühle. In Ihrem Hause wurde ich als Held gefeiert: Ihre Blätter machten so wunderbare Reklame für mich; Ihre Tochter nahm sich meiner in so liebevoll besorgter Weise an, daß ich Ihnen einen kleinen Gegenstand erweisen muß. — Und das ist der, Sie als ersten von diesem unerhörten Skandal in Kenntnis zu setzen.

Bei Ihrer mangelnden Vorliebe für die Regierung, woraus Sie ja nie ein Hehl machten, wird es Ihnen ein Vergnügen sein, diesen Skandal mittels Ihrer anderthalb Duzend Blätter so zu vergrößern, daß die sämtlichen Ministerkühe ins Wanken geraten.

Und dies Vergnügen wird Sie reichlich für die kleine Enttäuschung entschädigen, die ich Ihnen leider bereiten mußte.

Es wird vielleicht weiter für Sie von Wichtigkeit sein, zu erfahren, daß ich im Artios nördlich von Arras meinen Schutz erhielt, schließlich ins Refugium des Brügge geschickt wurde, dort den sterbenden Captain Longford kennenlernte und so nebenbei erfuhr, daß er keine Angehörigen habe. Dies hat mich dann auf den vorzüglichen Einfall gebracht, meiner vorgefertigten Behörde den Vorschlag zu machen, daß ich ausgerüstet mit den Papieren des inzwischen seinen Wunden erlegenen Longford, über die holländische Grenze „entfliehen“ und im weiteren die Komödie spielen wollte, in der auch Ihnen eine Nebenrolle ausgedacht sein sollte.

Fortsetzung folgt.

Fliegende Division „Bremen“.

20 Angehörige erschossen.

Eine fliegende Division „Bremen“ verlor einen Bericht, nach welchem ihre Sicherheitspatrouillen bei Razziajagden in Hannover „um dem Einbrecher- und Blündererum endlich einmal Herr zu werden“ in der Nacht vom 11. zum 12. November 34 Personen eingekerkert hätten. Schwere Verbrechen, die bis an die Bahnen bewaffnet gewesen und heftigen Widerstand geleistet hätten, seien nun entwaffnet und unschädlich gemacht.

Nun wird aus Hannover berichtet, 20 Angehörige der fliegenden Division „Bremen“, die an zahlreichen Märschen teilgenommen, seien erschossen worden; sie hätten sich am 13. November morgens des Bahnhofs Hannover bemächtigt, ein heftiges Gewehr- und Maschinengewehrfeuer auf die Umgebung eröffnet und den Zugverkehr auf mehrere Stunden gänzlich verhindert. Nach Mitteilung des AuS. sind noch weitere Angehörige dieser fliegenden Division verhaftet; sie seien ihrer handrechtlichen Verurteilung entgegen.

Zur Bewegung im Reich geben uns ferner folgende Nachrichten zu:

München. Ludwig III. hat an das Ministerium des Volksstaates Bayern ein Schreiben gerichtet, in welchem er erklärt, daß er alle Beamten, Offiziere und Soldaten vom Treueid entbinde, nachdem es ihm die Ereignisse der letzten Tage unmöglich gemacht hätten, die Regierung weiterzuführen.

Dresden. Der König hat, laut eines an den Vereinigten revolutionären AuS. in Groß-Dresden geschickten Schreibens vom 13. November auf den Thron verzichtet und gleichzeitig alle Offiziere, Beamten, Geistliche und Lehrer vom Treueid entbunden.

Dresden. In der technischen Hochschule tagte gestern eine sehr zahlreich besuchte Studentenversammlung. Nach längerer Aussprache wurde eine „Studentenvertretung Groß-Dresden“ gebildet, die sich zur positiven sozialen Mitarbeit dem AuS. zur Verfügung stellt.

Karlsruhe. Die Neuordnung in Baden ist bisher in ruhigen Bahnen verlaufen. Die großherzogliche Familie hat mit der Königin von Schweden im Schloß Baden-Baden Wohnung genommen. Über die Frage der Ausrufung der Republik wird in den nächsten Tagen die Entscheidung fallen.

Die Revolution draußen.

Wie vorausgesehen war, gleicht der in Deutschland vor sich gegangene Umschwung allmählich weitere Kreise. Alles ist im Fluß und ein Ende vorerhand noch nicht zu erkennen. Besonders auch in England scheinen sich die Verhältnisse in einer Weise auszubilden, die den bisherigen Nachbarn verhängnisvoll werden können.

Vollstreckung in England.

Die englische Regierung hat sich bisher stets deutlich als schärfste Gegnerin des Bolschewismus gezeigt. Trotzdem scheint sie nach folgenden Meldungen allmählich in Bedrängnis zu geraten.

Rotterdam, 14. November.

Alle Nachrichten aus England melden übereinstimmend ein Anwachsen des Bolschewismus unter den Arbeitern. Die Schiffswerften in Clyde und die Bergwerke in Südwales sind Brennpunkte des Bolschewismus. Die Unruhen in Clyde haben einen äußerst aufreizenden Charakter.

London, 14. November.

Nach einer amtlichen Meldung aus Kanada herrschen dort anarchische Zustände, die dauernd an Boden gewinnen.

Die englische Regierung will das Übel an der Wurzel fassen und durch eine große Flottendemonstration in Royal die russischen Bolschewisten niederhalten. Andererseits macht sie Zugeständnisse im Innern und hat das Oberhaus veranlaßt, dem passiven Wahlrecht der Frauen zuzustimmen.

Holland vor dem Umsturz.

In allen großen Städten des Landes, namentlich in Amsterdam, wo das Militär der Regierung schon eingriff und es Tote und Verwundete gab, herrscht große Aufregung infolge eines Manifestes der revolutionären Sozialisten, die folgende Forderungen erheben:

1. Die Regierungsmacht soll in die Hände einer Regierung gelegt werden, die von den gesamten Arbeitern und Arbeiterinnen in den Niederlanden gewählt wird.

2. Sämtliche Vorkriebs- und öffentlichen Institute, sämtliche Vorräte, sowie auch die kapitalistische Erzeugung, Maschinen und Verwaltung und Verteilung der Produktion soll eine Arbeiterkommune, die die Arbeiterregierung darstellt, in die Hände bekommen.

3. Es soll eine neue Verfassung und neue soziale Gesetzgebung für die arbeitende Bevölkerung von Land und Stadt festgestellt werden.

Nach hat die Regierung allerdings die Gewalt in Händen und sichert die Ruhe und Ordnung durch starke Aufgebote von Kavallerie und Gendarmerie. Die katholische und andere Parteien haben Manifeste verbreitet, worin sie die Bevölkerung zur Ruhe ermahnen.

Ausschreitungen in Kopenhagen.

Auch in der dänischen Hauptstadt ist es zu Straßenunruhen gekommen, und zwar im Anschluß an eine von etwa 10 000 Personen besuchte revolutionäre Versammlung. Zahlreiche Schaufenster wurden eingeschlagen und Böden gestürzt. Die bereitgestellte Polizei schritt mit starkem Aufgebot ein, ging gegen die Demonstranten, die sich zum Teil aus halbblonden Burken zusammensetzten, mit der Waffe vor. Es kam zu blutigen Zusammenstößen. Die Demonstranten sperrten gewalttätig den Straßenbahnverkehr und gingen gegen die Polizei mit Steinwürfen vor. Bei den Zusammenstößen gab es zahlreiche Verletzte, von denen eine Anzahl ins Krankenhaus übergeführt wurde. Mit Hilfe der zur Verstärkung herangezogenen Polizeimannschaften wurde die Menge allmählich auseinandergetrieben.

Verschiedene Meldungen.

Genf, 14. Nov. Vier eingetragene Meldungen besagen, daß die Canton der französischen Teilung Belfort einen Soldatenrat gebildet hat.

Reims, 14. Nov. Hier verlautet, daß 8000 Bolschewisten in Frankreich eingedrungen seien.

Wien, 14. Nov. Die Abdankung des Kaisers ist nunmehr in aller Form auch für die ungarische Krone erfolgt. Gouverneur für Ungarn ist Graf Karolyi.

Paris, 14. Nov. In den französischen Stellungen von der belgischen Grenze bis Nord wurde die rote Fahne gehißt und die französischen Truppen verdrängten sich mit den Deutschen.

Bern, 14. Nov. Der englische Eisenbahnarbeiterverband

beschloß in einer Sonderkammer, seine Delegierten zur Konferenz der Arbeiterpartei am 14. November dahin zu instruieren, daß sie für Zurückziehung der Arbeitervertreter aus der Regierung stimmen sollen.

Bern, 14. Nov. Der schweizerische Generalstreik ist beendet, da das Örtliche Aktionskomitee die Einstellung beschlossen hat.

Warschau, 14. Nov. Die Ruthenen haben, als sie sahen, daß Bemberg nicht mehr zu halten ist, vor ihrem Rückzug alle Flugzeuge und die riesige Flugzeugwerkstätte verbrannt. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Kronen.

Lüttich, 14. Nov. In ganz Belgien ist Revolution. In Brüssel beherrscht ein deutscher Soldatenrat allerhöchster Richtung die Lage. In den Straßen wird dauernd gekämpft. Belgier beteiligen sich überall auf beiden Seiten. Es gab viele Tote und Verwundete.

Das beschlagnahmte Kronfideikommissvermögen für Preußen ist ein staatliches Fideikommiss. Es war bestimmt zum Unterhalt der Träger der Krone und der ganzen königlichen Familie. Das Kronfideikommiss ist zu unterscheiden von dem Hausvermögen, dies ist ein Privateigentum der Hohenzollern. Das Kronfideikommiss bringt jährlich etwa 15 Millionen Mark ein (hauptsächlich auch die Renten, die auf die Einkünfte der Domänen und Forsten überwiesen werden).

Deutsche Kriegsschiffe in Schweden.

Aus Stockholm wird berichtet, daß von der Karlskronaer Seefestung fünf deutsche U-Boote gestrichet wurden, die die deutsche Küstenflotte bilden. Nachdem der Führer des U-Bootes 124 mitgeteilt hatte, daß sie in Schweden interniert zu werden wünschten, weil sie sich dem revolutionären Deutschland nicht unterwerfen wollten, durften die U-Boote entwaffnet in Karlskrona einlaufen. Mannschaften und Offiziere wurden interniert. „Dagens Nyheter“ zufolge ist gestern früh ein deutscher Hilfskreuzer vor Malmö auf dem Ralbrunde gestrandet. Dieser Hilfskreuzer gehört der gegenrevolutionären Sanktionsfraktion der deutschen Flotte an, die von konservativen Marineoffizieren auf Rügen geleitet wird. Der Kreuzer wünschte gleichfalls Internierung in Schweden.

Verschiedene Meldungen.

Berlin, 14. Nov. Nach einer nicht bestätigten Nachricht aus Schleswig-Volstein soll das U-Boot „Schlesien“ torpediert worden sein. Nach Gerüchten soll dies bei einem Kampf zwischen revolutionären Schiffen und der kaiserlichen „Schlesien“ geschehen sein. Diese sei mit über 300 Mann gesunken.

Saar, 14. Nov. Der ehemalige deutsche Kronprinz wurde mit seiner militärischen Begleitung nach Sennelager gebracht, wo er auf dem Schloß des Grafen Reiterbach interniert wird.

Stockholm, 14. Nov. „Nya Dagligt Allehanda“ erzählt aus angeblich zuverlässiger Quelle: In den allerersten Tagen, vielleicht morgen, wird ein englisches Geschwader den Belt mit dem Bestimmungsort Royal passieren.

London, 14. Nov. Die Admiralität teilt mit, daß das britische Schlachtschiff „Audacious“ nördlich der irischen Küste am 27. Oktober 1914 auf eine Mine gelaufen und gesunken ist. (Die damalige deutsche Meldung wurde bisher von der englischen Admiralität bestritten.)

Wien, 14. Nov. Madensien richtete an den ungarischen Nationalrat eine Depesche, in der er mittelst, daß er sein Hauptquartier in Hermannstadt aufgeschlagen habe und die Regierung bittet, den Durchzug des deutschen Heeres zu unterstützen.

Rotterdam, 14. Nov. Nach der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ verlautet in hiesigen Schiffahrtkreisen, daß die Alliierten alle deutschen Schiffe auf eine bestimmte Zeit zu chartern beabsichtigen, um mit ihrer Hilfe die Lebensmittelversorgung der ganzen Welt in die Hand zu nehmen. Die Kriegsschädigung werde sich um den Betrag dieser Schiffe weiter verringern.

Rotterdam, 14. Nov. Die Flotte der Verbündeten ist am 12. November in die Dardanellen eingefahren. Gestern ist die Flotte vor Konstantinopel angekommen.

Kopenhagen, 14. Nov. Dänische Propagierungen melden aus Odessa: Die Engländer sollen gestern nachmittags bei Vankensation Wernemünde befestigt haben.

Ruf nach der Nationalversammlung.

Gründung von Bürgerräten.

Berlin, 14. November.

Der vorbereitende Ausschuss zur Gründung von Bürgerräten hat sich gebildet und einen Aufruf zur Bildung eines Bürgerrates für Groß-Berlin erlassen. Er lautet:

Zur Aufrechterhaltung eines geordneten Staats- und Wirtschaftslebens ist die Mitarbeit des Bürgertums nicht zu entbehren, dessen volle Gleichberechtigung bei allen staatlichen Maßnahmen wir zu wahren entschlossen sind. Die Bestrebungen der Reichsleitung zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung sowie des Wirtschaftslebens werden wir unterstützen. Indem wir uns auf den Boden der vollzogenen Tatsachen stellen, verlangen wir die schleunige Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung auf Grundlage eines gleichen und unbehinderten Wahlrechts aller Schichten der Bevölkerung. Eine einberufende Bürgerversammlung wird über die einzelnen Aufgaben des Bürgerrates befinden.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages, ebenso die Landtagsfraktion, ferner die nationalliberale Fraktion des Reichstages erlassen Aufrufe, in denen ebenfalls die Notwendigkeit der Einberufung der Nationalversammlung hervorgehoben wird. Eine konservative Kundgebung ermahnt die Parteifreunde, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die auf Erhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit des Lebens und des Privateigentums gerichteten Bestrebungen der gegenwärtigen Regierung zu unterstützen.

Bolschewisten gegen die Nationalversammlung.

Partei Liebknecht-Rosa Luxemburg.

Wie bestimmt verlautet, beabsichtigt ein Teil der unabhängigen sozialdemokratischen Partei sich von dieser Loszusagen und zur Gruppe Liebknecht-überzugeben. Der Streit dreht sich hauptsächlich um die Frage der Einberufung einer Nationalversammlung. Während die Führung der unabhängigen Sozialdemokratie gleich der Sozialdemokratie eine rein demokratische Entwicklung anstrebt, hält der linke Flügel der Unabhängigen an der Diktatur des revolutionären Proletariats im bolschewistischen Sinne fest.

Die Spartakus-Gruppe, die bisher der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei angehörte, beabsichtigt, sich in

einer öffentlichen Versammlung als selbständige politische Partei zu konstituieren. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sind die führenden Leute.

Keine Einberufung des Reichstags.

Der Reichstag wird aller Voraussicht nach nicht mehr zusammentreten. Nach Auffassung der neuen Reichsleitung sind die verfassungsmäßigen Grundlagen für das Bestehen des Reichstags durch den gewalttätigen Umsturz beseitigt, zumal ja jede gesetzgeberische Tätigkeit des Reichstags nach der bisherigen Verfassung der Zustimmung des zurzeit nicht mehr vorhandenen Bundesrats und der Unterschrift des ebenfalls nicht mehr vorhandenen Kaisers bedürftig wäre. Die baldige Ausschreibung von Wahlen zur Nationalversammlung scheint in der Absicht der Reichsleitung zu liegen. Die Frage der weiteren Kreditbeschaffung wird wahrscheinlich in der Weise geregelt werden, daß die Regierung zunächst mit den vorhandenen Mitteln weiter wirtschaftet, dann aber sobald wie möglich auf gesicherter Weise sich die erforderlichen Kredite für die Durchführung des Friedens zu beschaffen sucht.

Der neue Reichsschatzsekretär.

Staatssekretär im Reichsschatzamt wird der bisherige Unterstaatssekretär Schiffer, der bekannte nationalliberale Abgeordnete. Der unabhängige Sozialdemokrat Eduard Bernheim tritt in das Reichsschatzamt ein.

Das Reichsschatzamt, dessen Leitung man auch dem fortgeschrittenen Abgeordneten Justizrat Waldstein übertragen hatte, wird Herr v. Krause weiter dirigieren.

Fortbestand der Postzensur.

Es wird bekanntgemacht: In einzelnen Tageszeitungen wurde die Nachricht verbreitet, daß die Postzensur unter der neuen Regierung nicht fortbesteht und Briefe von nun an geschlossen nach dem Auslande befördert werden können. Diese Nachricht entspricht nicht den Tatsachen. Die Postzensur muß selbstverständlich auch unter der neuen Regierung fortbestehen, aber unter ganz anderen Gesichtspunkten. So muß vermieden werden, daß, solange keine definitiven Gesetze heraus sind, größere Vermögenswerte durch kapitalistische Elemente in das Ausland abgeführt werden, und reaktionären Einflüssen vom Auslande her zuvornherin die Spitze abgebrochen wird. Eine definitive Regelung erfolgt in Kürze durch den Volksrat des AuS.

Weitere Nachrichten.

Berlin, 14. Nov. Staatssekretär v. Baumbach hat der Leitung des Kriegsernährungsamts zur Aufgabe übertragen, die Geschäfte an die Unterstaatssekretäre v. Baum und Peters übergeben. Über seinen Nachfolger ist bis zu Stunde noch nicht entschieden.

Berlin, 14. Nov. Der Staatssekretär des Reichspostamts Rühl ist von der Reichsregierung mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt worden und richtet an alle Beamten die Mahnung, wie bisher im Dienst zu tun.

Berlin, 14. Nov. Der Magistrat verhandelt, daß am 1. Dezember ab die achtstündige Arbeitszeit in den städtischen Betrieben und Anstalten eingeführt wird.

Berlin, 14. Nov. In das auswärtige Amt, das der unabhängige Sozialdemokrat Haase leitet und in dem der sozialdemokratische Unterstaatssekretär Dr. David arbeitet, als weiterer Unterstaatssekretär der bekannte sozialistische Schriftsteller Karl Rautsky eintritt.

Berlin, 14. Nov. In das preussische Ministerium des Innern, das von dem Sozialdemokraten Paul Oetich geleitet wird, tritt als Unterstaatssekretär der unabhängige Sozialdemokrat Dr. Rudolf Breitscheid.

Berlin, 14. Nov. Zum bayerischen Gesandten in Belgien soll, wie die bayerische Staatszeitung hört, Privatrat Dr. Friedrich Müller ernannt worden sein.

Lebensmittel für Deutschland.

Amerikanische Note an die Reichsregierung.

Neben den verschiedenen Kundgebungen von regierung und privater Seite wegen der harten Waffensanktionsbedingungen haben nun auch die deutschen Katholiken ihre Stimme erhoben. Sie wenden sich an den Papst und bitten ihn im Namen der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit und der Liebe, bei den Verbündeten für die Recht zum Leben des deutschen Volkes einzutreten. Amerika scheint der Appell der Reichsregierung zu haben, wie folgende Meldung aus Washington lautet:

Auf den Appell des Reichskanzlers Ebert schickte eine beruhigende Antwort an das deutsche Volk. Er verspricht, mit Lebensmittellieferungen zu helfen, um den Hunger zu lindern. Gleichzeitig verlangt er aber die Sicherung, daß die öffentliche Ordnung in Deutschland aufrechterhalten werde und daß eine gerechte Lebensmittellieferung garantiert werde.

Witterweise ist in Rotterdam ein Funkpruch des schweizer Gesandten in Washington an das Ministerium des Innern in Bern angekommen. Der Gesandte teilt darin mit, daß er dem amerikanischen Staatsdepartement unverzüglich die Mitteilung der deutschen Regierung ausgestellt habe. Staatssekretär Lansing suchte den Gesandten zur Übermittlung folgender Antwort:

Wortlaut der amerikanischen Antwort.

In der gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Kongresses hat der Präsident der Vereinigten Staaten erklärt, daß die Vertreter der Alliierten Regierungen in dem Kriegsrat in Versailles durch einstimmigen Beschluß den unter den Umständen möglich ist, geschlossen wird, um die Lebensmittellieferungen zu versorgen und die Not zu erleichtern, die vielen Orten geradezu das Leben bedroht, und daß die unmittelbaren Schritte getan werden sollen, um die Unterhaltung in derselben humanitären Weise zu ermöglichen, wie es im Falle mit Belgien geschehen ist. Weiterhin sprach der Präsident seine Ansicht aus, daß die Hilfe des stillliegenden Schiffsrumpfes der Mittelmächte alsbald möglich sein müsse, ihre unterdrückte Bevölkerung von der Furcht vor völliger Verelendung zu befreien, ihren Sinn und ihre Energie für die großen und gemeinnützigen Aufgaben des politischen Wiederaufbaues freizumachen, die sie überall gegenwärtig leisten. Dementsprechend beauftragte der Präsident zu erklären, daß er bereit ist, die Belieferung Deutschlands mit Lebensmitteln in wohlwollender Erwägung zu geben und die Frage sofort mit den Verbündeten zu erörtern, vorausgesetzt, daß er versichert sein kann, daß die öffentliche Ordnung in Deutschland weiterhin ist und daß eine unparteiliche Verteilung der Lebensmittellieferung bürgerlich ist.

Im englischen Unterhause sagte der Lebensmittellieferungskontrolleur Clegg, daß die Kontrolle über die Waren und Preise einzuweisen bestehen bleiben müßten. Die Alliierten hätten die Pflicht, die notleidenden Länder zu ernähren und es sei ihm eine Genugtuung, daß es so allmählich geschehen sei, mit dem Lebensmittellieferungskontrollrat.

gereinigten Staaten eine internationale Organisation zu schaffen, durch die den hungernden Gegnern Hilfe gebracht werden könne. Die alliierten Länder hätten zwar den Vorrang, aber gleichzeitig bestünde die Pflicht, für die sofortigen Bedürfnisse der gegnerischen Länder Sorge zu tragen. Maßnahmen zur rascher Hilfeleistung würden getroffen.

Die Durchführung des Waffenstillstandes.

Aber Belgien wird gemeldet, daß die Entente-Truppen noch bis Ablauf des 16. November in ihren Stellungen bleiben werden. Dann werden sie täglich 16 Kilometer vorgehen. Die Deutschen müssen also täglich 16 Kilometer räumen. Daraus ergibt sich, daß die Alliierten am Sonntag in Brüssel und Antwerpen sein werden. Nach einem aufgefundenen Telegramm des Oberkommandos der Alliierten an das deutsche Oberkommando können nunmehr keine weiteren Veränderungen in den Bedingungen vorgenommen werden. Es würde noch eine Ausdehnung der Räumungsfrist für Belgien, Luxemburg und Elsass-Lothringen von vierundzwanzig Stunden zu den schon bewilligten weiteren vierzehn Tagen ausreichen. Bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandes gaben die deutschen Bevollmächtigten noch eine Erklärung ab, daß bei rückständiger Durchführung der Bedingungen das deutsche Volk in Hungersnot stürzen müsse. Das deutsche Volk, das 50 Monate standgehalten habe gegen eine Welt von Feinden, werde ungeachtet jeder Gewalt seine Freiheit und Einheit wahren. Ein Volk von 70 Millionen leide, aber es sterbe nicht. Vertreter der Entente sind in Spa eingetroffen, um dort mit unseren Delegierten die mit dem Abschluß des Waffenstillstandes zusammenhängenden Fragen weiter zu besprechen.

Bürgerlich-republikanische Partei.

Berlin, 14. Nov. Die bürgerlich-republikanische Partei in Berlin, die sich aus links gerichteten Teilen der fortschrittlichen und der national-liberalen Partei zusammenschließen wird. Das Programm dieser Partei soll rein demokratisch sein und die Abwehr aller monarchistischen und rückschrittlichen Bestrebungen in den Vordergrund stellen, außerdem für weitgehende Sozialreform eintreten.

Aufruf an Offiziere und Beamte.

Berlin, 14. Nov. Die Offiziere und Beamte des Waffen- und Munitionsbeschaffungswesens (Wundba) erlassen folgenden Aufruf:

Das Vaterland ist in Gefahr. Das wirtschaftliche Leben droht zusammenzubrechen und damit die Fundamente unseres Landes. Jedermann muß deshalb alle seine Kräfte einsetzen, um diese Katastrophe abzuwenden. Offiziere und Beamte, die ihr noch abseits steht, stellt Euch wie wir rücksichtslos der neuen Regierung zur Verfügung zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und zum Wiederaufbau des Vaterlandes. Untätigkeit ist ein Verbrechen am Lande. Niemand darf zurückbleiben.

Ungehinderter Abzug unserer Truppen aus Polen.

Warschau, 14. Nov. Hier wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, der von sämtlichen deutschen Truppen anerkannt wurde. Einzelne Ausschreitungen gegen deutsche Soldaten bedürftige Entwarnung veranlassen den Brigadier Bilschke zu der Erklärung, daß den deutschen Truppen der Abzug mit Waffen verweigert wird. Der Arbeiter- und Soldatenrat wird dafür sorgen, ebenso für ungehinderte Abreise der deutschen Beamten.

Abänderung des Blockade-Paragraphe.

Genf, 14. Nov. In Washington leitenden Kreisen setzt man sich der Befestigung eines Präliminarfriedens geneigt. Möchte er aber wegen mancher noch strittiger Fragen, wie der Ausdehnung des Königreichs Polen, Anerkennung Deutsch-Osterreichs als Bestandteil des Deutschen Reiches usw. hinausgeschoben werden, so könnte man bei Erneuerung des Waffenstillstandes den Blockade-Paragraphe abändern, um dem dringenden deutschen Bedarf Rechnung zu tragen.

Abdankung des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin.

Schwerin i. M., 14. Nov. Gemäß Beschluß des Ministerrats hat der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin für sich und sein Haus auf den großherzoglichen Thron verzichtet.

Absetzung des Fürsten von Waldeck.

Kassel, 14. Nov. Der Fürst von Waldeck lehnte ab, freiwillig zurückzutreten und wurde deshalb vom Reich als abgesetzt erklärt.

Wilson kommt zur Friedenskonferenz.

London, 14. Nov. „Manchester Guardian“ erzählt, Wilson habe sich endgültig entschlossen, zur Friedenskonferenz zu kommen. Vor Mitte Dezember werde er in London erwartet.

Deutschlands Zukunft.

Gaag, 14. Nov. „Daily Chronicle“ schreibt, es ist nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt von höchster Wichtigkeit, daß Deutschland auf einer ordentlichen und friedfertigen Demokratie wird. Deutschland wird die größte und kräftigste Nation Europas sein, sofern sich nicht Ausland mit der Ukraine zusammenschließt. Die jetzigen Erregnisse in Deutschland können wir nur als vorübergehend ansehen. Es ist selbstverständlich, daß sie Unregelmäßigkeiten mit sich bringen, aber das Volk von so tief eingewurzelten Gewohnheiten der Organisation und Disziplin wird mit dieser Unordnung bald fertig werden.

Übertritt deutscher Soldaten nach Holland.

Amsterdam, 14. Nov. Ein hiesiges Blatt meldet, daß an der Maasbrücke bei Roosteren (Breda) 2000 Mann deutscher Truppen sieben, die heute beim Überschreiten der niederländischen Grenze die Waffen niedergelegt haben.

Kein englisches Geschwader im Großen Belt.

Kopenhagen, 14. Nov. Das dänische Marineministerium teilt mit, daß die Blättermeldung, im Großen Belt liege ein englisches Geschwader, jeder Grundlage entbehrt.

Holland vor einem Generalkrieg.

Rotterdam, 14. Nov. Es wird gemeldet, daß, wenn die Forderung, die der Kongress am Sonntag und Sonntag gestellt hat, nicht sofort von der Regierung bewilligt wird, am Montag der Generalkrieg beschlossen werden wird.

Holländische Vorsichtsmaßnahmen.

Rotterdam, 14. Nov. Gestern nachmittag kamen aus Bergen oop Zoom und aus Vinsburg holländische Infanterieregimenter mit Maschinengewehren an und wurden in den Schulen untergebracht. Gestern vormittag 11 Uhr wurden freie Sandstürmer mobilisiert.

Revolutionenaufruf an die Ententeisoldaten.

Moskau, 14. Nov. Die Radiostation in Jaroslaw-Selo hat an die Soldaten der alliierten Armeen an der Westfront einen Aufruf richtigerweise versendet, in dem er die Revolution in Deutschland mittelt. Er fordert die alliierten Soldaten zur Revolution auf, da jetzt der Krieg der Entente zum Krieg des internationalen Kapitalismus gegen die Arbeiterklasse werde.

Ungarische Kämpfe mit Polen und Tschechen.

Wien, 14. Nov. Aus Ungarn werden Kämpfe ungarischer Truppen mit polnischen und tschechischen gemeldet. Eine tschechische Division sei in Siebenbürgen eingedrungen. Die Teilmobilisierung sei auf diese Vorgänge zurückzuführen.

Du warst zu gut und starbst zu früh,
vergessen können wir Dich nie.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die tieftraurige Mitteilung, dass Gott der Allmächtige meine teure, unvergessliche Gattin, unsere treusorgende liebe gute Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Elise Keller

im Alter von 58 Jahren plötzlich und unerwartet infolge eines Schlaganfalles heute Nachmittag 3 $\frac{1}{2}$ Uhr aus unserer Mitte gerissen hat.

Um stille Teilnahme bitten

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Familie Philipp Keller
und Angehörige.

Hof Falkenberg, den 16. November 1918.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 19. November, nachmittags 2 $\frac{1}{2}$ Uhr auf dem Friedhof in Dachsenhausen statt.

Begründung des südslawischen Staates.

Laibach, 14. Nov. Der serbische Ministerpräsident Pašić und die Vertreter des südslawischen Nationalstaates unterzeichneten in Paris eine Urkunde, worin die Gründung eines südslawischen Staates mit 13 Millionen Einwohnern endgültig garantiert wird.

Achtstündige Arbeitszeit in Mülheim a. d. Ruhr.

Mülheim a. d. Ruhr, 14. Nov. Der Arbeiter- und Soldatenrat bestimmte für sämtliche Mülheimer Betriebe die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit ohne Lohnverfälschung für die Arbeiter mit Rücksicht auf die Feuerarbeiter den Eintritt der achtstündigen Arbeitszeit in einigen Tagen.

Lozales und Provinzielles.

Wetterblatt für den 15. November.

Sonnenaufgang	7 $\frac{1}{2}$	Wolkenuntergang	4 $\frac{1}{2}$ R.
Sonnenuntergang	4 $\frac{1}{2}$	Mondaufgang	2 $\frac{1}{2}$ R.

1632 Tod Gustav Adolf von Schweden in der Schlacht bei Lützen. — 1768 Komponist Rudolf Kreutzer geb. — 1831 Militärschriftsteller Karl v. Clausewitz gest. — 1897 Kulturhistoriker Wilhelm Heinrich Riehl gest.

Keine Beschlagnahme der Bankguthaben. Immer wieder verlaute, dem Drange der Bevölkerung zu Abhebungen bei den Bankhäusern und Sparkassen liege zu einem großen Teil die Befürchtung zugrunde, künftig das Verfügungsrecht über die Einlagen zu verlieren. Die Regierung legt Wert darauf, solchen gänzlich unbegründeten Mutmaßungen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. In keiner Weise wird eine Beschlagnahme von Bank- und Sparkassenguthaben oder sonstigen Depots irgendwelcher Art beabsichtigt oder auch nur erwogen.

Zivilpersonen sollen Bahnreisen vermeiden. — Keine Sendungen ins Feld mehr. Zur zweckmäßigen Durchführung der Demobilisierung kann nur noch ein geringer Teil der bisherigen Büge für den öffentlichen Verkehr gefahren werden. Für die nächste Zeit, vielleicht schon für die nächsten Tage, muß mit einer völligen Einstellung des gesamten, nicht dem Militärverkehr dienenden Personenverkehrs gerechnet werden. Der Bevölkerung kann nur angeraten werden, Reisen jeder Art zu unterlassen, zumal die Reisenden keine Gewißheit haben, daß sie Gelegenheit zur Rückreise finden. — Der gesamte Feldpostverkehr nach Osten und Westen ist gesperrt, da Sendungen die Empfänger dort nicht erreichen, sondern verlorengehen würden.

Eisenbahn-Verkehr. Von heute ab verkehren auf anderer Strecke die Züge an Werktagen wie an Sonn- und Feiertagen.

Die Sorge um die Kartoffelernte bewegt die neue Regierung ganz besonders. In manchen Gegenden des Reiches erschwert der Mangel an Arbeitskräften die Bepflanzung der Kartoffelernte. Das Kriegsministerium hat angeordnet, daß die arbeitsfähigen Jagareitinsassen der Landwirtschaft in weiteren Anleihen zur Verfügung gestellt werden sollen. Anträge sollen unmittelbar an die Jagareite gerichtet werden.

Der Verkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet. Es ist im inneren Reich die Frage aufgeworfen worden, ob es nach der Besetzung des linken Rheinufer durch den Feind, vor allem mit den Städten Mainz, Wiesbaden, Koblenz, Köln und Straßburg noch unmittelbare Verkehrsverbindungen geben wird. Die Sorge unserer Landesleute ist aberflüchtig und unberechtigt. Post, Telegraph und Eisenbahn werden auch während der Zeit der feindlichen Besetzung keinen wesentlichen Beschränkungen unterworfen. Wie weit eine Zensur und eine Durchsuchung der einzelnen Personenzüge Platz greifen wird, muß abgewartet werden. Jedenfalls ist zu erwarten, daß der Verkehr mit den besetzten Gebieten aufrecht erhalten bleibt.

Hat neuer schwarzer

Mantel

(Meharbeit, für 12—14-jährigen Knaben) zu verkaufen.

Lahnsteinerstraße 22.

Ein goldner Fingerring

(g. J. G. Andenken an Gefallenen) verloren.

Um gef. Rückgabe gegen Belohnung in der Geschäftsstelle d. Bl. wird gebeten

Drucksaft-Pressen

empfehlen Jul Rüping.

Neue Fabrypläne

für Winter 1819

eingetroffen

Buchhandlung Lenz.

Wein-Essig

wieder eingetroffen

J. a. Engel.

Of-Fössel und Gabeln

wieder eingetroffen.

Julius Rüping.

Holzleer und Corbolineum

offertiert Cyr. Wie

Knöpfe

die große Mode in Riesen-

Auswahl.

And. Neuhans.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem schweren Verluste unseres lieben guten Sohnes und Bruders

Adolf Lind

jagen wir allen, insbesondere Herrn Delan Wagner für die trostreichen Worte am Grabe, seinen verehrten Herren Lehrern und lieben Mitschülern vom Gymnasium, den Schulfreunden und allen, die ihn zur letzten Ruhe geleitet haben, sowie den Kranz- und Beileidspendern unsern herzlichsten Dank.

Braunach, den 17. Nov. 1918.

Familie Heinrich Lind.

Nachruf.

Schon wieder beklagen wir den Tod von zwei Kollegen.

Heinrich Hohl I.

und

August Herold

beide aus Dachsenhausen

schieden gestern und borgen sich aus diesem Leben.

Beide waren brave, fleißige und treue Kameraden.

An der Trauer der Hinterbliebenen nehmen wir den innigsten Anteil und wünschen, daß die Mitglieder sich möglichst hart an den Beerdigungen zu beteiligen.

Sie mögen ruhen in Frieden!

Braunach, 18. Nov. 1918.

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Verwaltungsstelle Braunach.

Hauschlachtungen.

Genehmigung zur Hauschlachtung kann nur für Schweine mit einem Lebendgewicht von 60 kg. erteilt werden; es sei denn, daß es sich um eine Rotfleischung handelt; in diesem Falle ist ein tierärztliches Gutachten bei der Beantragung der Rotfleischung beizufügen.

Die Polizei-Verwaltung.

Bürgerwehr.

Alle diejenigen männliche Einwohner vom 28.—60. Lebensjahre, welche sich noch nicht zur Bürgerwehr gemeldet haben, wollen dieses bei Vermeidung von Bestrafung Dienstag, den 19. d. Mts. im Polizeibüro nachholen.

Die Pol.-Verw.

Wetterbericht.

Gelinder, leicht, stellenweise Niederschläge.

Ämtliche Bekanntmachungen des k. k. Hofes.

Neue Anstiedelung.

Der Rendantmeister und Landwirt Karl Palm zu Braun-
bach beschäftigt im Distrikt Hilperfeld, Kartenblatt 18 b
Vergeld Nr. 258, 259 und 260 ein Wohnhaus mit Stal-
lung und Scheune zu errichten.

Zeichnungen und Beschreibungen liegen im Rathhaus,
Zimmer 8 vom 19. d. M. (einschl.) bis 2. Dezember d. J.
(einschl.) offen.

Einsprüche gegen das Bauverhaben sind innerhalb obiger
Zeit bei dem Bauamt in St. Leonhard oder bei der
unterzeichneten Stelle anzubringen.

Die Polizei-Verwaltung.

Krankenbrotausgabe

am Dienstag und Freitag jeder Woche von 3-5 Uhr nach-
mittags in der St. Leonhard Kirche gegen Vorzeigen der vor-
schriftsmäßig von der Polizei-Verwaltung abgestempelten
Brotmarken.

Gewicht des Brotes 1250 Gramm; Preis 66 Pfg.
Das Pfund 94 prozentiges Weizenmehl kostet 82 Pfg.
Der Bürgermeister.

Stadtverordneten-Sitzung

am Dienstag, den 19. Nov. 1918,
Nachmittags 7 Uhr im Rathhause.

1. Einführung des Herrn Verordneten Herr.
 2. Antrag eines Grabschuldners.
 3. Erhebung des Pflegegeldes für die im Krankenhaus
untergebrachten Personen.
 4. Aufhebung der Gemeindefälle.
 5. Vorlage der Jahresrechnung 1917.
 6. Mitteilungen.
 7. Geheim Sitzung.
- Braubach, 16. Nov. 1918.
Der Stadtverordneten-Vorsteher.

Nahrungsmittel-Ausgabe

Montag, den 18. d. M. für Kinder auf Lebensmittelzufuhr-
karte A einhalb Pfd. Zucker zu 24 Pfg. und 1 Pfd.
Weizenmehl zu 88 Pfg.
Dienstag, den 19. d. M. für Kranke und ältere Personen
auf Lebensmittelzufuhrkarte B und C einhalb Pfund Zucker zu
24 Pfg.
Der Bürgermeister.

Bürgerwehr.

Solange als die eingetragenen 4 Stadtwachen noch keinen
Dienst in den Einzelbürgern zu verrichten haben, werden
sie in folgender Reihenfolge zur Abstellung der jetzt schon
dienstunfähigen verparten Mannschaften herangezogen.

- Wache 1. a) Führer Georg Schütz in der Nacht vom Samstag,
den 16. auf Sonntag, den 17. d. Mts.
b) Führer Michel Herberich von Sonntag, den 17.
auf Montag, den 18. d. Mts.
c) Führer Martin Gijster von Montag, den 18.
auf Dienstag, den 19. d. Mts.
Wache 2. a) Führer Victor Müller von Dienstag, den 19.
auf Mittwoch, den 20. d. Mts.
b) Führer Meier Strang von Mittwoch, den 20.
auf Donnerstag, den 21. d. Mts.
c) Führer Gotter Galtig von Donnerstag, den 21.
auf Freitag, den 22. d. Mts.
Wache 3. a) Führer Lorenz Hammer von Freitag, den 22.
auf Samstag, den 23. d. Mts.
b) Führer Josef Gran von Samstag, den 23. auf
Sonntag, den 24. d. Mts.
c) Führer Adolf Kempf von Sonntag, den 24.
auf Montag, den 25. d. Mts.
Wache 4. a) Führer Wilhelm Gumbach von Montag, den 25.
auf Dienstag, den 26. d. Mts.
b) Führer Georg Müller von Dienstag, den 26.
auf Mittwoch, den 27. d. Mts.
c) Führer Karl Dübinger von Mittwoch, den 27.
auf Donnerstag, den 28. d. Mts.

Das Wachlokal befindet sich im Rathhaus. Dauer der
Wache von abends 9 bis morgens 6 Uhr. Köstliche Dienstan-
weisung liegt im Wachlokal aus. Die Führer bitte ich durch
den Wachboten die eingetragenen Wachleute am Tage vorher
bestehen zu lassen.

Der Bürgermeister.

Zur Entlassung kommende

Militärpersonen

haben sich unter Vorlage des Entlassungsscheins zunächst im
Polizeidirektorat und erst dann im Lebensmittelbüro anzumelden.
Die Polizei-Verwaltung.

Wer seine Schuldenzinsen, Tilgungsbeträge, Verpfän-
gungs- und Rentebeiträge bei der bevorstehenden Steuer-
anmeldung verhaftet haben will, muß dieselben durch Vor-
lage der Quittungen bis 26. d. Mts. im Rathhaus, Zimmer
6 nachweisen.

Der Magistrat.

Wurstenwaren

wieder in großer Auswahl vorrätig.

Georg Philipp Clos.

Hiermaulkörbe und Ganinchen- Futterrassen

empfehlen
Julius Rüping.

Briefpapier

neue Sendung
in Mäppchen und
Rassetten
empfehlen preiswert
Papiergeschäft Lemb.

Kaffeebrenner

in großer Ausführung ange-
kommen.
Gg. Phil. Clos.

Wäschekammern und verzinkte Wäsche- drahtseile

zu haben bei
Julius Rüping.

Handarbeiten

in großer Auswahl eingetroffen.
Sämtliche Sorten wie:
Sticheide, Perigarn,
Chenille, Gespinnte
in vielen Farben vorrätig.
R. Neuhans.

Gelochte Stahlsitze

— Preisver-
besserung —
zu haben bei
Julius Rüping.

Bohnerwachs

officiert
Chr. Wieghardt.

Taschenlampen- Batterien

sind wieder frisch eingetroffen.
Julius Rüping.

Damentragen

reiche Auswahl — billige Preise
bei
G. Schumacher.

Kartoffel- Drahtkörbe

officiert
Jul. Rüping.

Spielkarten

neu eingetroffen.
A. Lemb.

Hierfütter- quetschen

empfehlen
Julius Rüping.

Fussbodenlack

in verschiedenen Farben
wieder eingetroffen
Chr. Wieghardt.

Gute Stärke

empfehlen
Joan Engel.

Torffiren, Kainit

wieder am Lager
Chr. Wieghardt.

Küchenwagen (Kochwagen)

und alle anderen gerichte

Tafel- Daxial- und Balkenwagen

neu angekommen.
Gg. Phil. Clos.

Pelze

für Damen und
Kinder
in schöner Auswahl und guter
Ware eingetroffen.
R. Neuhans.

Obstbäume

große Auswahl sämtlicher gang-
barer Sorten in geschulter, sorten-
reicher Ware empfohlen.
J. Kehnert, Camp,
Obstbaumschulen.
Vertrieb:
Herrn. Berner, Braubach.

Serren- und Knabenmützen, auch Wintermützen

in reicher Auswahl eingetroffen.
R. Neuhans.

Einnach- ständer

in allen Größen wieder
vorrätig.
Chr. Wieghardt.

Wir suchen verläuf- liche Häuser

an beliebigen Plätzen, mit und
Gehöft, dazu auch Unterbreitung
an vorgemerkte Häuser. Bezug
durch uns kostenlos. Nur An-
gebote von Selbstbesitzern
erwünscht an den Verlag der
„Berliner- u. Westfälischen“
Frankfurt a. M.,
Hanshaus.

Seuertücher, 50 mal 60 cm, Qual. 1, weich, sehr saugfähig. Preisbezug. M. 10.— franko.

Handtücher, Qual. 1, 1. weich, gut, trockn. 60 mal 100 cm Preisbezug. M. 36, franko. Qualität 2 42 mal 100 cm, Preisbezug. M. 26,66 franko, Mindestab- gabe je 1 Dp., größere Posten billiger.

August Kottig, Dessau a. Kederleim, Maschinöl, Leinöl, Maschinenfett, Schellack, Politur, Stanglack, Mastlack laufen jedes Quantum C. Mand, Pionierfabrik, Coblenz, Schloßstr. 36.

Vorzellan-Tassen, Kaffeeservice, Waschgarnituren, flache und tiefe Teller wieder neu eingetroffen Chr. Wieghardt.

Gesangbücher

sind neu eingetroffen.
A. Lemb.

Bekanntmachung.

Nach telegraphischer Anweisung des Staatsam-
tlers für Demobilisierung ist das Verlassen des rhein-
ischen Gebietes und des 10. Am. breiten Streifens
östlich des Rheines verboten.

Jeder schützt sein Eigentum am besten, wenn er
selbst in seinem Hause oder seinem Betriebe bleibt.

Auch die Aufrechterhaltung der Ordnung und des
Wirtschaftslebens erfordern Jedem an seinem Plage.

Reisen sind nur gegen besondere Ausweisbescheide
gestattet, die die Polizeibehörden im Einvernehmen mit
dem Arbeiter- und Soldatenrat erteilen.

Für den Kreis St. Leonhard haben sich mit
dem Sitz in Oberlahnstein je ein Arbeiter- und Sol-
datenrat gebildet.

Von dem Verbot des Reiseverkehrs sind die Bahn-
fahrten zu und von der Arbeitsstelle und Berufsreisen
ausgeschlossen.

Der Bürgermeister.

Vaterländischer Frauen-Verein.

Zu der am Donnerstag, den 21. d. Mts., nachmittags
4 Uhr im Vereinslokal Hotel Hammer stattfindenden

Jahresversammlung

haben wir die Mitglieder freundlich ein. Anschließend gemein-
schaftliches Kaffeestücken; Brot muß mitgebracht werden.
Der Vorstand.

J. H.

Frau Bürgermeister Schilling.

Irische Rundöfen

in verschiedenen Größen empfiehlt
Julius Rüping.

Gesellschafts- spiele und Bilderbücher

neu eingetroffen.
Buchhandlung LEMB.

Wasch- maschinen, Waschemangel

eingetroffen
Chr. Wieghardt.

Holz-Waschmaschinen

neu eingetroffen.
Gg. Phil. Clos.

Hls praktische Neuheit

zum Ausbleichen von Wäsche empfohlen
fertige Hemden- und
Hosen-Passen.

Rud. Neuhans.